

KuSA
08.10.2010
ÖTOP 5 Europaangelegenheiten : aus dem Protokoll des Kultur- und Schulausschusses
- mündlicher Berichtö f f e n t l i c h

KR: 98 Der V o r s i t z e n d e bittet die Kreisräte, über die Delegationsreise zu be-
VI: 2 richten.

12: 1
101: 5 KR W i l d e r m u t h geht allgemein auf den Anlass der Infofahrt und den Termin in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg ein. Die in Brüssel gefällten Entscheidungen betreffen gerade auf der kommunalen Ebene unmittelbar das alltägliche Leben. Umso wichtiger sei es für Kommunalpolitiker, sich zu informieren, Kontakte zu knüpfen und sich einzumischen. Europa solle als Chance betrachtet werden. Daher habe der Kreistag die Gelegenheit zur Weiterbildung sehr gerne wahrgenommen. Ein Tagesordnungspunkt sei der Besuch bei der Landesvertretung Baden-Württembergs gewesen, „dem Horchposten“ der Landesregierung in der europäischen Hauptstadt. Aus jedem Landesministerium seien ein bis zwei Kräfte nach Brüssel entsandt. Sie sollten möglichst frühzeitig Informationen über geplante Gesetzgebungsvorhaben der EU einholen. Über persönliche Kontakte zu Parlamentsabgeordneten und Kommissionsmitarbeitern versuche die Landesvertretung, die Interessen des Landes in den wichtigsten Institutionen zu Gehör zu bringen. Ziel sei es, die europäischen Entscheidungsträger für die Auswirkung einer Regelung auf die Landesebene zu sensibilisieren. Dazu würden auch die zahlreichen hochkarätigen Veranstaltungen dienen. Darüber hinaus verstehe sich die Landesvertretung auch als „Schaufenster“, als offenes „Haus Baden-Württemberg“, in dem sich „das Ländle“ mit seinen Stärken in Brüssel präsentieren könne.

KR F a u l h a b e r informiert über die Besonderheiten der EU-Stadt Brüssel. Brüssel habe viele Besonderheiten, wie z.B. den Europarat, die Kommission, den Ausschuss der Regionen etc.. Außerdem seien in Brüssel 120 Regierungsorganisationen, ca. 1.000 nichtgebundene Regierungsorganisationen, 60 Botschafter und 2.500 Diplomaten ansässig. Damit sei Brüssel die zweitgrößte Diplomatenstadt der Welt. Neben französisch werde niederländisch gesprochen und für jede der Sprachen gebe es eine eigene Institution. Die Stadt Brüssel habe zwei Gesichter, einmal das Europaviertel und auf der anderen Seite die Altstadt. Außerdem gäbe es viele schöne Baudenkmäler. Brüssel bestimme das Alltagsleben, Politiker orientierten sich daran. Viele wichtige Entscheidungen würden dort getroffen werden.

KR F r ö b e l berichtet über den Termin beim Ausschuss der Regionen. Er erläutert, dass man die subjektiven Erwartungen und die Wirklichkeit miteinander in Einklang bringen müsse. Der Ausschuss der Regionen solle die Unüberschaubarkeit der EU durchsprechen, sowie mehr Bürgernähe schaffen und die Regionen miteinander verbinden. Auffallend wäre seines Erachtens dabei der hohe Sicherheitsaufwand gewesen, dieser sei nicht bürgernah. Es gäbe 344 Vertreter, 20 davon seien deutsch. Die meisten der deutschen Mitglieder seien Ländervertreter, es gebe nur einen Bürgermeister und einen Landrat. Die Unterschiedlichkeiten müssten stets aufgearbeitet werden. Es würde viel Lobbyarbeit betrieben werden. Der Ausschuss der Regionen trage jedoch insgesamt dazu bei, dass das Feld übersichtlicher werde.

Der V o r s i t z e n d e erläutert, dass es ein sehr wichtiger Punkt sei, dass nur ein deutscher Landrat und ein deutscher Bürgermeister im Ausschuss der Regionen vertreten seien. Dies zeige, dass die kommunale Perspektive leider zu kurz komme. Es sei wichtig, die Interessen der Landkreise zu artikulieren, u.a. durch den Rat der Gemeinden in Europa.

KR'in Barbara B a d e r geht auf das Gespräch mit Herrn Dr. Lothar Blatt-von-Raczeck, Leiter des Europabüros des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, ein. Bei diesem Gespräch sei sehr anschaulich zum Ausdruck gekommen, wie in Brüssel die Mechanismen funktionieren. Auf der einen Seite die politische Arbeit in den Kommissionen und dem Parlament und auf der anderen Seite die Arbeit der Lobbyisten. Das Europabüro des Sparkassen- und Giroverbandes vertrete in Brüssel die Interessen der Sparkassen und mache somit Lobbyistenarbeit. Sparkassen seien ein einmaliges Modell in Europa. Der europäische Finanzmarkt stelle Chancen aber auch Herausforderungen für Sparkassen, die Genossenschaftsbanken und dem Giroverband dar. Die Sparkassen müssten sich mit der Frage beschäftigen, wie sie sich im europäischen System behaupten könnten, die eine uneingeschränkte Privatisierung des Markts anstrebe. Außerdem stelle sich eine andere wichtige Frage, und zwar, wie es die Sparkassen vermeiden könnten, in die Einlagefonds der Banken zu zahlen, die als Folge der Finanzmarktkrise gegründet würden. Die Sparkassen hätte nämlich ihr eigenes Solidaritätssystem, das verhindere, dass eine Sparkasse insolvent werde. Die große Herausforderung bestehe darin, wie die Sparkassen ihr eigenes System in der europäischen Gesetzgebung sichern könnten und gleichzeitig vermeiden, in den Einlagefonds der Banken zu zahlen. Die Sparkassen würden sich selbst gegen die Krise rüsten, indem sie die Eigenkapitalreserve erhöhen, gegenseitige Institutsicherungssysteme der Volksbanken und Sparkassen erstellen und ein Risikomonitoring mit einem Ampelsystem (gegenseitige Kontrolle, offenen Zahlen) durchführen. Dieses Sicherheitssystem sei vorbildlich und könne weltweit als Muster dienen. Doch leider seien die Sparkassen bildlich gesprochen nur die Shetlandponys im Stall hochgezüchteter Rennpferde. Rennpferde bringen hohe Gewinne, wären aber leider sehr anfällig für Krankheiten. Shetlandponys würden dagegen zwar viel Mist machen, aber seien zuverlässig, robust und würden jedes Kinderherz erfreuen.

KR'in S c h e l l m a n n berichtet über das Gespräch mit Herrn Vizepräsident Rainer Wieland, Herrn Henning Christophersen (ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission) und Professor Alberto Barzano. Sie erläutert, dass 60% europäischer Gesetzgebung in die Kommunen eingreife. Anstatt sich aber in die Gesetzgebungsverfahren Europäischen Parlaments einzumischen, würden die Deutschen und besonders die Kommunen erst dann aufwachen, wenn die europäische Gesetzgebung in nationales Recht umgesetzt würde. Diese Tatsache sei vom Vizepräsident des Europäischen Parlament Rainer Wieland MdEP bemängelt worden. Rainer Wieland sei einer von 12 Vizepräsidenten. Mit ihm wurde die Arbeit des Europäischen Parlaments beleuchtet. Es wäre beeindruckend gewesen, den Plenarsaal zu besichtigen, es tagte aber der Unterausschuss der Sicherheit zum Thema Afghanistan. Die EU hätte inzwischen 499.000 Mio. Bürgerinnen und Bürger. Seit 1979 würden die derzeit 736 Abgeordneten ihr Mandat auf 5 Jahre durch Direktwahl erhalten. Mit insgesamt 23 Sprachen habe das Parlament den größten Dolmetscherapparat der Welt. Die Amtssprachen seien Englisch, Deutsch und Französisch im Parlament. Deutschland sei mit derzeit 99 Abgeordneten das am stärksten vertretene Land. Ein Großteil der Arbeit

würde in verschiedenen (insgesamt 22) zuständigen Ausschüssen erledigt werden. In der Cafeteria habe es noch Gelegenheit gegeben, Fragen an Herrn Wieland zu stellen. Unter anderem wurde bemerkt, dass sich sehr viele junge Menschen im Haus aufhielten. Dies sei auf die über 1.000 Praktikanten zurückzuführen. Eine weitere Möglichkeit des Austauschs habe es noch beim Abendessen gegeben. Henning Christophersen und Alberto Barzano waren zu Gast. Henning Christophersen sei ein dänischer Politiker, er sei von 1989 bis 1995 Vizepräsident der Europäischen Kommission gewesen und gehöre dem Europäischen Konvent an, der den Entwurf einer europäischen Verfassung ausgearbeitet habe. Nach ihm sei die sog. Christophersenklausel benannt. Herr Christophersen habe in einem ausgezeichneten deutsch eine Rede gehalten und versprochen nach Ludwigsburg zu einem Besuch zu kommen. Mit Herrn Christophersen sei Herr Alberto Barzano, ein ehemaliger Präsident der drittgrößten Hochschule für öffentliche Verwaltung in Italien, gekommen. Frau Schellmann bedankte sich bei Frau Mayer, Herrn Burkart und Herr Dr. Haas für die gute Organisation. Ihr habe die Reise sehr gut gefallen und sie freue sich auf weitere Begegnungen.

Der V o r s i t z e n d e erläutert abschließend noch einmal, dass er Herrn Christophersen nach Ludwigsburg eingeladen habe und mit ihm eine Veranstaltung statt finden solle. Herr Domanski werde vorrausichtlich ebenfalls mit in den Kultur- und Schulausschuss kommen, da sein Vortrag aufgrund der vorzeitigen Abreise (Demonstration in Brüssel) leider nicht stattfinden konnte.

KR W i l d e r m u t h betont, dass es auch wichtig gewesen sei, die anderen Kreistagsmitglieder kennenzulernen und bedankt sich bei der Verwaltung.

Der Kultur- und Schulausschuss

n i m m t K e n n t n i s

vom mündlichen Bericht zur Reise des Kultur- und Schulausschusses nach Brüssel vom 27. – 29. Oktober 2010.